

Dekoloniale Perspektiven zu Berlins Humboldt Forum

Positionen und Kritik von Dekolonisierungsaktivist*innen

ajv2016

2018-09-14T09:00:41

Jährlich demonstrieren Afrikaner*innen aus ehemaligen (deutschen) Kolonien sowie People of Colour (PoC) und Schwarze diasporische bzw. migrantische Communities für die Anerkennung kolonialen Unrechts und die Rückgabe von Gebeinen und Kultursubjekten,^[1] die im Zuge des Kolonialismus nach Deutschland gebracht wurden. Die öffentliche Aufmerksamkeit für koloniales Unrecht und die Rückgabe von Gebeinen und Kultursubjekten war bisher begrenzt, bekommt nun aber durch ein ca. 600 Millionen Euro schweres Projekt neuen Auftrieb: Derzeit wird in Berlin Mitte das brandenburgisch-preußische Schloss rekonstruiert. 2019 soll in diesem Schloss das Humboldt Forum einziehen. Ein Teil dieses Forums bildet die *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* (SPK) mit ihren aus etwa 500.000 Kultursubjekten bestehenden ethnologischen Sammlungen. Diese Sammlungen stehen im Fokus der langjährigen Proteste, da sie zu großen Teilen durch koloniale Gewalt nach Berlin kamen und vielfältige Rückgabebeforderungen aus den Home Communities bestehen. Als Reaktion gründete sich die Kampagne [No Humboldt 21!](#), welche von über 70 diasporischen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen wird. Der Kampagne zufolge verletzt das Forum „[...] die Würde und die Eigentumsrechte von Menschen in allen Teilen der Welt [...] [und] steht dem Anspruch eines gleichberechtigten Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft entgegen.“ Des Weiteren wird der Wiederaufbau des Schlosses und der Einzug der Sammlungen in selbiges als eurozentrisch und als Rehabilitation des deutschen Kolonialismus gewertet. Denn die Brandenburg-preußischen Herrscher*innen waren verantwortlich für die deutsche Kolonialherrschaft und beteiligt am internationalen Versklavungshandel.

Obwohl Positionen von Home Communities, PoC und Schwarzen Dekolonisierungsaktivist*innen koloniale Kontinuitäten des Forums kenntlich gemacht und die ethnologischen Sammlungen in den Fokus der öffentlichen Debatten gerückt haben, werden sie durch die SPK und Politik ungenügend berücksichtigt. Gerade diese Perspektiven legen koloniale Wissens- und Rechtspraktiken im Kontext des Forums offen und zeigen zentrale Aspekte für den internationalen und rechtlichen Umgang mit Kultursubjekten im kolonialen Zusammenhang auf. Aus diesem Grund sind sie Gegenstand dieses Beitrags, der auf Interviews basiert, die ich Rahmen meiner Masterarbeit 2016/2017 mit Tahir

Della, Noa Ha, Moctar Kamara und Mnyaka Sururu Mboro geführt habe. Sie sind beteiligt an der Kampagne [No Humboldt 21!](#). Anhand dieser Perspektiven wird die Position des Forums kritisiert.

Teilhabe von Home Communities, PoC und Schwarzen Akteur*innen

Als Ergebnis der Auswertung der Positionen der Dekolonisierungsaktivist*innen Della, Ha, Kamara und Mboro ([Qualmann, Felicitas 2017. Dekoloniale Perspektiven zu Berlins Humboldt-Forum Masterarbeit. Alice-Salomon-Hochschule](#)) geht die sichtbare Aufarbeitung der kolonialgeschichtlichen Hintergründe ethnologischer Institutionen und Sammlungen als ein zentrales Anliegen hervor, da durch diese kolonial-rassistische Diskurse und Strukturen reproduziert und eine verschleiernde Erinnerungspolitik geprägt werden. Eine Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte im Kontext des Humboldt Forums kann nach den Aktivist*innen nur auf umfassenden strukturellen Veränderungen basieren, welche neben [Provenienzforschung](#) und Restitution von Kultursubjekten auf der rahmengebenden Teilhabe von Home Communities, PoC und Schwarzen Akteur*innen fußt. Dabei sind den Ausführungen der Aktivist*innen zu Folge gängige staatliche und museale Praktiken zur Bewertung der Entstehungs- und Erwerbungskontexte der ethnologischen Sammlungen sowie der bisherige Umgang mit Rückgabeforderungen in Frage zu stellen.

Beispielsweise versucht die [SPK](#) nur offizielle staatliche Rückgabeforderungen als geltend anzuerkennen und Forderungen von Home Communities außer Acht zu lassen. Kamara (zitiert nach [Qualmann](#)) weist darauf hin, dass die sogenannten Benin-Bronzen durch kolonialen Raub in den Besitz der SPK gekommen waren, da diese nach der Plünderung des Königspalastes von Benin durch die britische Kolonialmacht im Jahr 1897 durch das *Königliche Museum für Völkerkunde* in Berlin käuflich erworben wurden. Nichtsdestotrotz wird, wie [in Erläuterungen des Präsidenten der SPK Hermann Parzinger](#) ersichtlich, die Frage der Restitution ausgeklammert, auch wenn auf den kolonialen und gewaltvollen Erwerbungskontext hingewiesen wird: „So wie jede Geschichte ihre zwei Seiten hat, wird der Besucher bei der Präsentation der bronzenen Reliefplatten aus Benin [...] künftig auf der Vorderseite die kunstvollen Darstellungen dieser Stücke bewundern können, während ihn die Rückseiten mit der Erwerbungs Geschichte konfrontieren: Interviews, Filme und Fotos thematisieren dort Ursache und Folgen der Kolonialisierung mit den Stimmen der Opfer [...].“

Diese Haltung kann auf zwei von der SPK hervorgebrachten Argumentationsmustern beruhen: Zum einen kann der Entschluss, die Bronzen nicht zu restituieren, damit begründet werden, dass diese Kultursubjekte käuflich und damit legal erworben wurden. Zum anderen kann die SPK versuchen, die Forderung nach Rückgabe durch Vertreter*innen des Königshauses von Benin als nicht offizielle staatliche Rückgabeforderung aus Nigeria zu werten. Um mit den Worten der Grundposition der [SPK](#) zu sprechen, können die Vertreter*innen des

Könighauses als nicht „befugte Vertretung“ dargestellt werden. Insgesamt verweisen beide Argumentationsmuster auf die Priorisierung des Erhalts der eigenen Institution und weniger auf eine Ausstellungspolitik, die die Auseinandersetzung und Wiedergutmachung für die Verbrechen der Kolonialzeit zum Ziel hat. Doch wie von Ha (zitiert nach [Qualmann](#)) aufgezeigt, sollte die SPK auf jede Form von (peripheren) Rückgabeforderungen reagieren, um die eigene Institution in einen Dekolonisierungsprozess zu leiten.

Das Konzept Shared Heritage

Ein weiterer problematischer Aspekt ist das durch das Forum geprägte Konzept des *Shared Heritage*. Für Kamara (zitiert nach [Qualmann](#)) stellt der Versuch, die Kultursubjekte als gemeinsames Erbe bzw. als *Shared Heritage* der Menschheit darzustellen, eine erneute Form der Enteignung der Home Communities dar. Nach Kamara und Mboro wird durch dieses Konzept versucht, der Besitz bzw. die unrechtmäßige Aneignung der Kultursubjekte erneut zu rechtfertigen. Dem Konzept von *Shared Heritage* folgend, bezeichnet es die [SPK](#) als ihre Aufgabe, der „[...] allgemeinen Öffentlichkeit dienend [...]“ Kultursubjekte zu wahren und zugänglich zu machen. Nach Della und Kamara (zitiert nach [Qualmann](#)) ist dem entgegenzusetzen, dass diese „allgemeine Öffentlichkeit“ die Home Communities ausschließt und ihnen Kultursubjekte, die sie als kulturelles Erbe identifizieren, vorenthält.

Anerkennung und Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Mit Blick auf deutsche und internationale Rechtsgrundlagen bleibt zu erwähnen, dass sie keinen ausreichenden rechtlichen Rahmen für die Gestaltung von Rückgabeprozessen im Kontext der Kolonialgeschichte bieten. Auch dies ist eine koloniale Kontinuität, die zum Teil auf den kolonialen Ursprung des deutschen und internationalen Rechts rückführbar ist. Hier ist es Aufgabe der Politik und der Justiz unter Einbezug von diasporischen und Home Communities, rechtliche Grundlagen zu schaffen bzw. zeitliche Geltungsbereiche geltender Konventionen auszuweiten. Hier sind beispielsweise die Haager Landkriegsordnung von 1907 und die „UNESCO-Konvention gegen illegalen Kulturgütertransfer“, die von Deutschland erst 2007 unterzeichnet wurde und nicht rückwirkend binden ist, zu nennen. Die Ausweitung des Arbeitsgebietes des *Deutschen Zentrums für Kulturverluste* auf Kulturgut aus dem kolonialen Kontext ist dabei ein wichtiger erster Schritt, da die Aufarbeitung der eigenen kolonialen Vergangenheit nicht Institutionen wie der SPK oder dem Humboldt Forum selbst überlassen werden kann. Wie die angeführten Beispiele verdeutlichen, werden schmerzhafteste Aspekte der Kolonialgeschichte häufig ausgeblendet und der Erhalt der eigenen Institution und Sammlungen priorisiert. Meinen Interviewpartner*innen zufolge kann die Aufarbeitung ethnologischer Sammlungen und Museen nur als Teil eines durch die Politik angestoßenen Dekolonisierungsprozess konzipiert werden. Hierzu sollten

Versklavung und Kolonialismus als *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* anerkannt werden, an welchen sich auch Deutschland beteiligt und schuldig gemacht hat. Dieser Prozess sollte auf einem eigenständigen Schuldeingeständnis und aktiven Wiedergutmachungswillen fußen und sich unter der konsequenten Beteiligung der betroffenen Communities mit der kolonialen Vergangenheit auseinandersetzen.

Felicitas Qualmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akkon-Hochschule für Humanwissenschaften in Berlin. Antimuslimischer Rassismus im Kontext von Terrorismus- und Sicherheitsdiskursen ist ihr aktueller Forschungsschwerpunkt. Sie ist aktiv bei Berlin Postkolonial und arbeitet hier u.a. zum Humboldt Forum.

[1] Eine kurze Erläuterung zu den Begrifflichkeiten: Um deutlich zu machen, dass die Kategorie *race* eine soziale Konstruktion bezeichnet und mit ihr bestimmte sozial-historische Positionen einhergehen, wird in diesem Beitrag „Schwarz“ groß geschrieben. [People of Color](#) (PoC) ist eine Selbstbezeichnung von Menschen, deren Alltag durch Rassismus und Diskriminierungserfahrungen geprägt ist. Auch möchte ich im folgenden Beitrag davon absehen, Kulturgüter in den ethnologischen Sammlungen als „Objekte“ zu bezeichnen, da dieser Begriff häufig ihrer sozialen und rituellen Funktion nicht gerecht wird. In Anlehnung an [Bonaventure Soh Bejeng Ndikung](#) möchte ich sie als „Subjekte“ bezeichnen, da sie über Subjektivität und Agency verfügen.

Cite as: Felicitas Qualmann, „Dekoloniale Perspektiven zu Berlins Humboldt Forum. Positionen und Kritik von Dekolonisierungsaktivist*innen“, *Völkerrechtsblog*, 14. September 2018, doi: 12345678.

